



Gesellschaft | Erster Bericht des
kantonalen Jugendobservatoriums offenbart Probleme

Jeder zehnte Jugendliche hat Schwierigkeiten



Jugendgewalt. Durch die Förderung von ausserschulischen Strukturen wie etwa Sport- oder Musikvereinen könne Gewalt unter Jugendlichen eingedämmt werden, schlägt der Bericht des Jugendobservatoriums vor.

SYMBOLBILD KEYSTONE



CANTON DU VALAIS
KANTON WALLIS

Walliser Bote
3900 Brig
027/ 922 99 88
www.walliserbote.ch

Genre de média: Médias imprimés
Type de média: Presse journ./hebd.
Tirage: 22'213
Parution: 6x/semaine

N° de thème: 999.099
N° d'abonnement: 1095432
Page: 2
Surface: 84'759 mm²

WALLIS | Ob Vereine, Jugendgerichte, staatliche Dienststellen oder sozialmedizinische Zentren: Vor 2014 kümmerte sich eine Vielzahl verschiedenster Akteure mehr oder weniger unkoordiniert um die Belange der Walliser Jugend. Eine Situation, die Bildungsminister Oskar Freysinger untertreibend als «nicht unbedingt gut» bezeichnete.

Es habe damals sowohl an einer gemeinsamen Strategie als auch an einem gegenseitigen Informationsaustausch gemangelt, präzisierte der Staatsrat gestern. Vor gut zwei Jahren habe man deswegen im Jugendgesetz die Schaffung eines kantonalen Jugendobservatoriums verankert. Als Pilotprojekt «mit Modellcharakter» wird das Observatorium seither vom Bundesamt für Sozialversicherungen mit 150 000 Franken jährlich unterstützt – dem Kanton entstanden bislang keine Kosten.

Jüngst haben die 30 Experten des Observatoriums nun eine Art «Jugendbarometer» über die Lage und die wichtigsten Bedürfnisse der hiesigen Jugendlichen fertiggestellt. Die gewonnenen Erkenntnisse sind gestern präsentiert worden.

Familie

Armut und Misshandlungen seien die grössten Belastungen, denen sich Jugendliche im Bereich Familie ausgesetzt sehen könnten. Gemäss Christian Nanchen, Chef der Dienststelle für die Jugend, weist das Wallis heute eine neunmal höhere Scheidungsrate auf als im Jahr

1970. Die daraus resultierende soziologische Veränderung – etwa das vermehrte Auftreten der Einelternfamilie – sei ein starkes Armutsrisiko. Während nämlich nur jede hundertste Familie mit zwei Eltern teile Sozialhilfe beanspruche, sei es bei den Einelternfamilien jede achte.

Punkto Misshandlungen wurden im Jahr 2013 274 Verstösse gegen Jugendliche festgestellt... wobei die Dunkelziffer wohl um einiges höher liege, vermutet Nanchen. Dabei kann es sich etwa um die Anwendung von physischer oder psychischer Gewalt oder um eine schwere Vernachlässigung handeln. Jedes vierte Opfer häuslicher Gewalt sei weniger als 25 Jahre alt; jedes siebte noch minderjährig.

Für Kinder und Jugendliche wohl nicht weniger traumatisch ist es, wenn sie Gewalt zwischen ihren Eltern miterleben müssen. 40 Prozent der Kinder seien bei einem gewalttätigen Übergriff im Haushalt anwesend, und in mehr als der Hälfte der Fälle sind sie beim Eintreffen der Polizei zugegen, schätzt die Studie.

Psychische Gesundheit

Auch wenn rund 20 Prozent von ihnen mindestens einmal an einer psychischen Störung leiden, schätzen fast 90 Prozent der Walliser Schüler zwischen elf und fünfzehn Jahren ihr Leben positiv ein, teilte Dr. Romaine Schnyder, Direktorin des Zentrums für Entwicklung und Therapie des Kindes und Jugendlichen (ZET), mit. Die meisten Schüler fühlten sich gut integriert und in ihrem sozia-

len Umfeld verankert.

Derweil bewegten sich fünf Prozent der Walliser Jugendlichen in einem Risikobereich, der beispielsweise von Suchtverhalten, Entwicklungsstörungen oder ertragenem Mobbing geprägt sein könne. Weitere fünf Prozent würden zudem an psychischen Störungen leiden. Für diese Gruppe sei nicht mehr das ZET, sondern die kantonale Kinder- und Jugendpsychiatrie zuständig. Staatsrat Freysinger machte hier auch auf die Tatsache aufmerksam, dass die Studie eine direkte Korrelation zwischen schwierigem familiärem Umfeld und psychischen Verhaltensstörungen zutage gebracht habe.

Gewalt

Der dritte Problembereich, mit dem sich die Experten des Jugendobservatoriums vornehmlich beschäftigt hatten, war die Gewaltanwendung und -eruldung ausserhalb des eigenen Zuhauses. Hier identifizierte Robert Steiner, Chef der Kriminalpolizei, vor allem die Gewalt in Beziehungen junger Paare sowie die Gefahren der neuen Kommunikationsmittel als Hauptrisikofaktoren für Kinder und Jugendliche. «Unsere Generation lernte in der Schule das Lesen und Schreiben», erläuterte Steiner. «Heute bräuchte es zusätzlich ein Fach «Filtern»», sprach er Problembeispiele wie etwa das Cybermobbing an.

Indes zeigte sich Freysinger mit dieser Aussage nicht vollumfänglich einverstanden: Sei jemand des Lesens und Schreibens mächtig, müsse er



eigentlich auch in der Lage sein, zu «filtern». In der Tat beschrieb der Staatsrat das Beherrschen der Sprache als probates Mittel zur Gewaltprävention. Je besser jemand differenziert analysieren könne, was um ihn herum passiert, desto kleiner werde die Tendenz, Gewalt anzuwenden. **pac**

WAS BRINGT DIE ZUKUNFT?

Ende 2016 läuft die Unterstützung des Bundes für das Observatorium aus. Freysinger erklärt, wie es dann weitergeht: «Die Frage ist, ob der Bund die Gelder gänzlich stoppt oder ob wir verhandeln können. Zudem müssen wir auch evaluieren, ob wir den Apparat weiterhin in der jetzigen Grösse benötigen. Es wird sich zeigen, was der Kanton aus dem Observatorium machen will.»

Die Empfehlungen der Experten

In ihrem Bericht formulieren die Fachleute knapp 40 Massnahmen, mittels denen alle Akteure, die mit Jugendlichen in Berührung kommen, gewisse Probleme entschärfen können.

Im Themenbereich **Familie** schlagen sie etwa vor, dass die Politik ihren Fokus vermehrt auf das Kleinkinderbetreuungsangebot legen soll. Damit liessen sich Familie und Beruf besser vereinbaren und somit auch das Armutsrisiko senken. Zur Prävention von Misshandlungen schlägt das Gremium Beratungskurse für Eltern sowie ein einheitliches Konzept zur Fremdplatzierung von Kindern vor.

Punkto **psychischer Gesundheit** fordern die Fachleute bessere personelle Ressourcen im Bereich der Psychologie sowie eine strategische Neuausrichtung der Kinder- und Jugendpsychiatrie. Dies könnte sich beispielsweise in einem Bereitschaftsdienst und/oder in der Stärkung von ambulanten und stationären Zentren manifestieren.

Was schliesslich die **Gewalt** angeht, so plädieren die Experten für eine kantonale Präventionsstrategie im Bereich der digitalen Medien und für die Stärkung von ausserschulischen Angeboten.